

Geben Sie mir einen schönen Artikel über die Geschichte des Deutschen Reiches.

Mitteilungen für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Röding, Röhra, Lindhardt, Pomßen, Standnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1, über 100 Mk.
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Sichtungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Heftzettel: Amt Naunhof Nr. 2



Anzeigenpreise: Die gesetzliche Korpuszelle Pg., auswärts Wk. Um-
licher Teil Wk. Anklametze Wk. Beleggebühr pro Hundert Wk.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erhebungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Dermittlungen nehmen auf der Post abgegeben.
Bestellungen werden von den Ausliegern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güns & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 144

Sonntag den 4. Dezember 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 5. und Dienstag, den 6. Dezember 1921 geschlossen.

Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.

Naunhof, am 30. November 1921. Der Bürgermeister.

Maschinenschreiberin

gesucht, besonders in der Kurzschrift, wird hier sofort gefordert. Befolzung nach Alter und Leistungen. Gehalte werden sofort erbeten.

Stadtgemeinderat Naunhof.

Von jetzt an kostet der aus der Gasanstalt gelieferte
gegabelte Kohle 30 Mk. je hl
Koksgrub (klar) 15

Naunhof, am 3. Dezember 1921. Der Bürgermeister.

Stecktorf

1 Zentner für 12 Mk. wird verkauft

Gasanstalt Naunhof.

«Eine Zeitung für eilige Leser.

* Aus dem im Friedensvertrag festgesetzten Ausgleich der gegenseitigen Vorratsförderungen ist am 1. Dezember eine deutliche Zahlung von 91 Millionen Goldmark fällig geworden, die bisher noch nicht gezahlt worden ist. Über die Erledigung dieser Angelegenheit wird in Paris verhandelt.

* Die Gesamtanlagen für die interalliierten Militärförderungen im Monat Oktober betrugen nicht weniger als fünf Billionen Mark.

* Aufsicht der Tenterung kam es in Wien zu großen Demonstrationen, wobei viele Geschäfte vollständig ausgeplündert wurden.

* Die englische Regierung schlug der Vorförterkonferenz vor, die interalliierte Militärförderung über die deutschen Rüstungen zu einer bauenden Einrichtung zu gestalten.

* Aufgrund der Entlassung von Streitenden in Rom haben die italienischen Eisengüter für den 3. Dezember den allgemeinen Protestkrieg beschlossen.

* Das amerikanische Konsulat hat dem Vertreter der Sovjetregierung, Krassow, den Befehl nach Amerika verweigert.

Armes Österreich!

Auch an der schönen blauen Donau scheint man den Eltern für Gemüthslichkeit, die Freude am Grundsatz des Lebens und Freuden nachgerade völlig verloren zu haben. Ist es der strenge Winter, der über uns hereinbrach ist, oder sind es die noch immer steigenden Brotdosen und sonstigen Lebensmittelpreise, die den Händen der Bevölkerung zum Rehen gebracht haben — jedenfalls mußte die liebliche Kaiserstadt Tenerungskrawalle über sich ergehen lassen, die wie das Vorzeichen noch schlimmerer Ereignisse aussieht. Nach den Berichten waren es diejenigen Teile der Wiener Arbeiterschaft, die überwiegend der kommunistischen Fahne anhängen, die die übermalige Erhöhung des Brotpreises auf 74 Kronen für den Laib zum Anlaß nahmen, um dem Parlament Forderungen vorzutragen. Innerhalb des Gebäudes kam es bald zu sehr erregten Auseinandersetzungen mit Abgeordneten und Regierungsmännern. Draußen aber bestiegen sich Plünderer an die Fenster der Demonstranten, und ganze Straßen und Stadtviertel wurden alsbald ein Schauplatz der Verwüstung und der Zerstörung. Weder Bankgebäude noch Schuhgeschäfte, weder Kaffeehäuser noch Hotels wurden verschont, und die Zerstörungswut festerie erschreckende Orgien. Die Polizei konnte erst nach vielen Stunden der ausgerückten Waffe Herr werden. Daß aber die Volldeutschlands innerlich weiterbrennen und schwelen, kann bei der unmittelbaren Bedrohlichkeit der Lebensmittel Lage kaum wundernehmen.

Die Regierung befindet sich dieser Bewegung gegenüber naturgemäß in größter Verlegenheit. Es ist eine sozusagen bürgerliche Regierung, während die Massen überwiegend noch links gerichtet sind. Die Forderungen, die dem Finanzminister Dr. Gürler von einer Abordnung der Demonstranten überreicht wurden, trugen demgemäß einen überwiegend antifaschistischen Charakter. Man verlangt insbesondere die Beschaffung der ausländischen Soluten neben einer sozialen Kontrolle des Handelsverkehrs, mit strengen Strafen für Zwischenhandelnde. Man verlangt ferner Beschaffung eines Goldes, auch daß den Kirchen und Klöstern gehörigen, neue Dekrete, Einführung einer progressiven Vermögenssteuer. Man willigte auch ein Verbot der Einfuhr aller Zugmaschinen sowie geregelten Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse. Den Schluss bildet die sofortige Einführung der Kinderversicherung. Wie man sieht, ein etwas gemäßigtes Programm, zu dem jeder verantwortliche Finanzmann, der zur Kenntnis erfuhr, wie schwer es ist, billige Schlagworte der Weltgesellschaft des Lebens gegenwärtiger zur Wahrheit zu machen, nur mit laufender Vorbehaltung Stellung nehmen kann. Dr. Gürler ist eben erst dabei, durch plausiblere

und rücksichtslose Handhabung des finanziellen Teils der staatlichen Geschäfte der weiteren Entwicklung der österreichischen Krone Einhalt zu tun. Der grundläufige Abbau der Lebensmittelzuschüsse ist von ihm in Angriff genommen worden als eigenartiges Werkzeug der Schuldenwirtschaft, unter der das österreichische Volk zusammenzubrechen droht. Kaum sind aber die ersten Schritte auf diesem Gebiete getan, so kommt jetzt die Forderung nach einer „geregelten“ Verteilung der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, was, bei dieser Gelegenheit und von dieser Seite vorgebracht, nichts anderes besagen will, als daß, wenn diese staatlichen Zuwendungen bestätigt werden, auf anderen Wegen für sie wieder Erfolg gebracht werden soll. Der Staat soll also mit der rechten Hand geben, was er mit der linken genommen hat; was eine wenig finnische Art der Finanzierung darstellen würde. Dr. Gürler hat denn auch nur versprechen können, daß die der Regierung überreichten Forderungen „nach Möglichkeit“ erfüllt werden sollen. Man sucht also zu kauieren, in der Hoffnung, daß die Aufristung sich bald wieder legen werde. Ob sie nicht aber gelöscht werden wird, ist eine andere Frage. Wie die Dinge liegen, kann man sich von Mahnungen gegen den Bucher, von Gesetzen und Verordnungen weder eine Erleichterung für die Staatsfinanzen noch für die Nöte, unter denen die breiten Volksmassen zu leiden haben, versprechen. Das alles sind nicht viel mehr als Verabredungsmandate, die den inneren Kern der Dinge nicht berühren. Ein Land wie das kleine Deutschösterreich könnte schon in normalen Zeiten nicht aus sich selbst heraus existieren, und ... ungünstigen ... aufen, die wir haben, steht es völlig hilflos gegenüber. Die Ententeänder spielen mit ihm, statt endlich einmal nennbare Kredite zu geben, wie die Regierung mit der Maus, und dem Arbeitervorstand würde auch ein abermaliger Regierungsschsel wenig oder gar nichts nützen. Wird die Not aber steigen, so wird die Geduld des Volkes um so rascher zu Ende gehen. Armes Österreich!

Hunderte von Millionen Schaden.

Bei den großen Tenerungskrawallen, die am Nachmittag des 1. Dezember ganz Wien in Aufregung versetzten, wurde besonders auf dem Ring, in der Kärntner- und Rotenturmstraße, in der Mariahilfer, Alser- sowie in der Laborstraße geplündert. Allein der Schaden an zerschlagenen Schaufenstern wird auf 1 bis 2 Milliarden Kronen geschätzt, da gegenwärtig für eine 10 Quadratmeter große Scheibe 800 000 Kronen gefordert werden und Hunderte solcher Ladenfenster in Splitter gingen. Zahlreiche Passanten wurden beim Zerschlagen der Scheiben verwundet. Die Plünderer hielten Eisenstangen mitgebracht, um die Ladenfenster zu durchstoßen, auch Schrauben und Eisenstücke, die sie in die Scheiben hineinschleuderten.

Unter den von den Plünderungen betroffenen Firmen befinden sich die Schuhfabrik Salamander, die Platzerle, die Firma für Touristartenkirtz, das Möbelhaus Portois und Fix usw. Auch die Geschäftsstellen der Commerz- und Diskontobank sowie einige andere Banken wurden ruiniert. Im Hotel Bristol wurde die Kasse mit einem Inhalt von 2 bis 3 Millionen ausgeraubt. Am alten Teile des Hotels sind 30 Zimmer vollkommen zerstört, dazu alle Säle und Empfangsräume. Der Schaden allein in diesem Hotel wird auf ungefähr hundert Millionen Kronen geschätzt. Im Bestiß ist alles zerschlagen, ebenso in der Vorhalle; der Speisesaal, der Gesellschaftsalon bieten ein Bild der Verwüstung, selbst der Flügel ist zerstört, alle Sessel zerstört. Als hinauf in den vierten Stock sind alle Spiegel des Treppenhauses und alle Fenster eingeschlagen. Aus den Räumen wurden Möbelstücke auf die Straße geschleppt. Auch im Hotel Imperial und im Grand Hotel wird der Schaden auf Hunderte von Millionen geschätzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Bedeutung der Dieselmotoren.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung das Verbot der Entente, Deutschland sollte den Bau einer bestimmten Art schnellaufender Dieselmotoren einkennen, in einer eingehenden Note zurückgewiesen. Welche Wichtigkeit diese Frage für unsere Industrie hat, geht daraus hervor, daß nach dem in Frage kommenden Maschinen eine starke Nachfrage im In- und Auslande herrscht. Es sind ähnliche Motoren, wie sie in die Uboote eingebaut wurden, jedoch mit Abänderungen, die sie für diesen Zweck unbrauchbar machen. Die aus Marineständen verbreiteten Maschinen sind alle verkauft und haben sich bereits in vielen Betrieben und auf Handelschiffen vorzüglich bewährt, so daß noch dauernde Nachfrage nach diesen Maschinen besteht.

Erhöhung des Bruttosozialproduktes auf 50 Mark.

Der Reichstag beschloß für Verbrauchssteuern befreit, so ausführlich mit den Vorschlägen zur Erhöhung der Zisterne. Die Regierung wollte einen Steuerabfall von 100 Mark pro Doppelzentner festsetzen. Bisher botzte die Steuer 14 Mark pro Doppelzentner. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte einen Antrag eingebracht, daß die Zisterne von 100 Kilogramm Gewicht 50 Mark betragen soll, daß heißt die Hälfte der Steuer abgesetzt. Dieser Antrag wurde angenommen.

Fürsorge für Kleinrentner in Sachsen.

Der Haushaltsausschuß des sächsischen Landtags nahm ein Gesetz an über Altersrenten für Kleinrentner. Das Gesetz bezeichnet Kleinrentner als einzigmähnigen sorgenfreies Alter durch eine Rente zu gewähren. Die städtischen Körperschaften in Dresden beschlossen ebenfalls, minderbemittelten eine Beihilfe zu gewähren, teils in Naturalien, teils in bar. Als minderbemittelt im Sinne dieses Beihilfegesetzes gilt jeder, dessen Einkommen den Betrag der ihm etwa zugesicherten Gewerbslosenunterstützung nicht überschreitet.

Flugverkehr Danzig—Deutschland.

Die Vertreter der Entente haben das in Danzig befindliche Flugzeugmaterial beschlagnahmt und jetzt ihre Entscheidung dahin gefällt, daß ein Teil dieses Materials auf Grund der Beschlüsse des Völkerbundes vernichtet werden muß. Der größte Teil ist jedoch zum Verkehr für die Passagierflüge nach Deutschland und anderen Ländern freigegeben worden. Auch die ehemaligen Militärluftfahrzeuge für zwei Personen, die jetzt als Postflugzeuge verwendet werden, sind freigegeben worden.

Zentrum und Deutschnationalen.

In einem Zeitungsartikel hatte der volksparteiliche Führer Dr. Stresemann die Ansicht ausgesprochen, daß es möglich sein müsse, auch die Deutschnationalen Volkspartei in die Koalition einzubeziehen. Dagegen wenden sich die Zentrumsparlamentarier, indem sie schreiben: Zweifelhaft erscheint es uns, ob es bei der heutigen Führung und der heutigen Gesellschaftsverfassung der Deutschnationalen Volkspartei auch nur im Bereich der Möglichkeit liegt, die Deutschnationalen Volkspartei auf diesen Boden (der Koalition) einzuführen.

Die Gestaltung des neuen Kohlensteuer.

Der Reichstag nahm den Entwurf des neuen Kohlensteuergesetzes an, der die Besteuerung durch Verlängerung der Wertunterschiede der Kohle in den einzelnen Revieren vereinbart will. Der Normalzoll der Steuer soll 40 v. H. des Wertes der Kohle betragen. Von diesem Normalzoll werden jedoch Prozentsätze erhoben, die für die einzelnen Reviere sehr verschieden sind. Der Reichstag hat die Mithilfe des Reichskabinettts bei der Festlegung der Höhe bestätigt. Damit ist für die künftige Gestaltung des Tariffs der Einstieg der Interessen ausgeschaltet und die Entscheidung in die Hände des Reichsfinanzministers und des Reichstags gelegt.

Hochverratsverfahren gegen Kommunisten.

Dem Vernehmen nach ist beim Reichsgericht gegen die kommunistischen Führer Bowisch und Lemke, die durch die Entnahmen der bei Frau Berlin beschlagnahmten Papieren schwere Verletzung haben, ein Strafverfahren wegen Hochverrats anhängig gemacht worden. Ferner wurde beim preußischen Landtag vom Reichsgericht die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Hugo Eberlein wegen Hochverrats nachgesucht.

Rußland.

Der Zustand in der Ukraine ist nach wie vor eine Quelle der tollsten Schänden und widersprechendsten Meliorationen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Sowjetrepublik sich zwar in den größeren Städten festgesetzt hat, doch aber die bolschewistischen Meihoden auf dem Lande mit seinem stark ausgeprägten privatwirtschaftlichen Bauernstand nicht anfangen finden. Das schlechte Land befindet sich daher in einer ständigen Säuerung und ist allerletzt Russlandbestrebungen leicht zugänglich. Große Städte zu erobern, liegt aber gar nicht im Plane der Russlandbestrebungen.

Der berühmte „Goldbach“ der Ukraine in Deutschland ist von der deutschen Regierung vorläufig gesperrt worden, da niemand weiß, wer darüber verfügbare Berechtigung hat. Die frühere, von Deutschland seinerzeit anerkannte Regierung der Ukraine ist von den Bolschewisten verjagt und die neue ukrainische Regierung hat sich bis jetzt noch nicht zur Geltung bringen können.

Das In- und Ausland.

Berlin. Das preußische Kultusministerium hat in einem Rundschreiben sämtliche Schulleiter die Einberufung von Vertretern der Schülerorganisation nach Hannover zwecks Teilnahme an dem Ersten allgemeinen deutschen Schulerntag verboten.

Berlin. Die Arbeiters- und Angestellten-Gewerkschaften haben den Antrag der Berliner Betriebsobligenten, einen allgemeinen Betriebsrätekongress einzuberufen abgelehnt.

Breslau. Verhandlungen, die der Rottowther Verlag „Globus“ über den Verkauf der Rottowther Zeitung an ein kapitalistisches Konsernum führen, sind in ihrem letzten Stadium gescheitert. Es ist gelungen, die Zeitung durch Ankauf eines kapitalistischen Konsernum dem Deutschen zu erhalten.

Böhmen. Die Agitation für Ungarn im Oberburger Gebiet nimmt immer stärkeren Formen an. Der Oberstaatsrichter von Oberburg berief die Bürgermeister der einzelnen Gemeinden und die Gemeindebeamten nach Oberburg und forderte sie auf, von Haus zu Haus zu gehen und für Ungarn zu agitieren.

Strassburg. Die französische Großbausenator hat fünf Anzeigen, die das Entfernen an den Unruhen auf dem Fleckenstrasse beschildigt waren, zu vier bis zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Zum Hauptangeklagten, einem Kommunisten, wurde der Ruf zur Zusage gelegt: